

*Antifaschismus an sich ist gut, das steht außer Frage; trotzdem ist Antifaschismus, so notwendig er generell ist, nicht immer gleich. Jede Bestimmung antifaschistischer Politik muss mit Reflexion anfangen. Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen, der Geschichte, und dem eigenen Ziel. Und die Konsequenzen daraus ziehen. Das wollen wir mit diesem Text versuchen: Que faire avec les enfants de la patrie?*



### **(was tun mit den Kindern des Vaterlandes?)**

#### **Eine Positionsbestimmung in der Antifa-Diskussion)**

In Deutschland, im Jahre 2005, schätzen wir die Situation in der antifaschistische Politik sich bewegt, zusammengefasst allgemein erst mal folgendermaßen ein:

- (1) Eine nationalsozialistische Machtübernahme, wie etwa durch die NPD, ist momentan nicht denkbar.
- (2) Trotzdem ist dem Wirken, d.i. auch schon Präsenz, von Nazis entgegenzutreten; wegen der konkreten Gefahr für all jene Menschen, die von ihnen direkt bedroht sind; und aufgrund der indirekten Wirkmächtigkeit von Nazis auf gesellschaftliche Diskurse und Stimmungen.
- (3) Die Akzeptanz von „rechten“ (rassistischen, antisemitischen, autoritären, biologistischen etc.) Inhalten und Forderungen sowie deren Reproduktion gehen aber weit über die Naziszene hinaus. (teilweise bis in die sog. Linke)
- (4) Nazideutschland wurde niedergeschlagen, die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen, von AntifaschistInnen in ganz Europa und zahlreichen anderen Menschen ist bittere Realität. Die deutsche Geschichte, und die Shoa als deren zentraler und fortwirkender Bestandteil fordern eine Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus als ein die deutsche Gesellschaft durchdringendes und in seinen Folgen bis heute prägendes Massenphänomen.
- (5) Ein diese Bedingungen reflektierender Antifaschismus sollte sich logischerweise die Perspektive einer Gesellschaft setzen, in der, mit einer den Dimensionen dieser Geschichte angemessenen Radikalität, die gesellschaftlichen Grundlagen, die diese Geschichte möglich gemacht haben, beseitigt sind.

## [ *konsense, tabus und ihre brüche* ]

Hier taucht das erste Problem auf. Denn ein solchermaßen reflektierter Antifaschismus geht weit über die zweckrationale Verteidigung eines möglichst breiten Anti-Nazi-Bekenntnisses in der bestehenden Gesellschaft hinaus.

Die Ablehnung von Nazis ist in Deutschland oft eine rein formale, die eher den Zug eines Tabus, als eines politischen Bewusstseins trägt. Die formale Abgrenzung von den Nazis wird zum Bekenntnis, ohne zur inhaltlichen Erkenntnis zu führen. Da heißt es dann „Nazis raus“, aber was Nazis sind oder wollen wird über das - in vielen Fällen längst nicht mehr zutreffende - Klischee vom betrunkenen Stiefelskinhead hinaus nicht reflektiert. Diese Abgrenzung kann perfekt damit einhergehen, einiges von dem, was die Nazis sagen, inhaltlich an sich eigentlich gut zu finden. Umgedreht führt die rein formale Dimension dieser Abgrenzung aber auch dazu, dass Nazis, solange sie sich einigermaßen geschickt anstellen und die Grenzen des Anerkannten nicht komplett überschreiten, immer wieder dann doch, im Rahmen einer abstrakten „demokratischen Auseinandersetzung“, irgendwie geduldet werden. Dieser Antifaschismus der schweigenden Mehrheit bleibt, nunja, letztlich eben schweigend, schwammig, da er nichts zu sagen hat, sich nicht inhaltlich artikulieren kann, sogar wenn er es versucht.

Mensch könnte nun sagen, ein, wenngleich formal bleibender, gesellschaftlicher Anti-Nazi-Konsens ist jetzt an sich ja noch nicht schlecht, immerhin bewirkt er, dass zumindest in Politik und Öffentlichkeit NS-Sympathie, -Rhetorik und -Symbolik doch immer wieder (wenn auch noch lange nicht immer) ein Skandal ist. Tatsächlich ist oft genug solche Skandalisierung sogar alles, was mensch in Deutschland hat. Das ist einerseits besser als nichts, aber andererseits schlimm genug, und nun sicher keine emanzipatorische Perspektive; eher noch eine Verdrängung, die notwendig voller Lücken bleibt, und die das Problem nur eindämmen aber nicht fassen kann. Das Verdrängte drängt vielmehr in der postnationalsozialistischen Gesellschaft immer wieder zur gesellschaftlichen Wirkung; und wenn spezifische soziale Konstellationen eintreten, wie bei den Pogromen Anfang der 90er nach der Wiedervereinigung, können die Dämme diesbezüglich in einer Weise brechen, der die gesellschaftliche Rationalität mit ihren Lichterketten erst einmal unverständlich und wirkungslos gegenüber stehen muss. Denn ein solcher Anti-Nazi-

Konsens bleibt oberflächlich und isoliert, und bezieht die tatsächlichen Auswirkungen und inhaltlichen Verbindungen zwischen Nazis und dem Rest der Gesellschaft nicht in die Kritik mit ein.

Wir nennen einen solchen Antifaschismus einen bürgerlichen, da er sich, ob bewusst oder unbewusst, auf den Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft stellt. Er geht davon aus, dass die Nazis der bürgerlichen Gesellschaft entgegenstehen (was unserer Meinung nach nur in einer ganz bestimmten Hinsicht so ist und in einem anderen wiederum eben nicht, aber darauf kommen wir noch) und verteidigt deswegen diese bürgerliche Gesellschaft formal gegen die Nazis. Die vielen „Eine Stadt zeigt Gesicht“-Kampagnen sind hierfür ein Beispiel. Das staatliche Gewaltmonopol und der nationale Bezugsrahmen werden nicht in Frage gestellt, und rein moralische Appelle an den Staat gerichtet, doch dieses oder jenes im allgemeinen Interesse zu tun.

Diese Verteidigung bürgerlicher Gesellschaft verselbständigt sich entsprechend in der Politik oft tendenziell zur allgemeinen Verteidigung bürgerlicher Verhältnisse an sich, die nicht mehr rückgebunden wird an ihren Inhalt. Das hat dann einerseits regelmäßig zur Folge, wie in Trier wo OB Schröder Nazis als „ungebetene Gäste“ und autonome Linke als „das Problem“ darstellte, dass letztlich im Namen von Demokratie die Polizei auf äußerst undemokratische Art und Weise einen inhaltlich äußerst undemokratischen Naziaufmarsch (09.Juli 2005) durchprügelt, oder dass im Namen von Meinungsfreiheit bekannte und bekennende Nazis auf irgendwelchen Gewerkschaftsveranstaltungen geduldet werden. Andererseits gibt es Situationen, wo der Staat, aus Angst um den Ruf seines Standorts, sein Gewaltmonopol usw. auf einmal wirksam gegen Nazistrukturen und Aktivitäten vorgeht, wirksamer als irgendwelche zivilgesellschaftlichen Initiativen es könnten, und zwar aus den gleichen formalen Gründen.

Der bürgerliche Antifaschismus aber kommt aus diesem Dilemma nicht heraus. Vielmehr, je mehr er sich darauf einlässt, und je weiter er sein Bündnis zu spannen versucht, je mehr er also seine Hoffnung auf die gemeinsame formale Anti-Nazi-Abgrenzung mit dem Staat verbündeten Gruppen und mit der bürgerlichen Mitte setzt, desto mehr verstärkt er es nur. Das ist primär kein instrumentelles Problem, keine Frage (nur) der Radikalität von Aktionsformen, sondern vor allen Dingen der Radikalität des Denkens. Letztendlich spiegelt sich in diesem Problem vielleicht nur die bürgerliche Gesellschaft, in der

Demokratie insgesamt bisher nur formal realisiert wurde, als die Demokratie der abstrakten freischwebenden Kreuzchenmachsubjekte, und nicht im Sinne einer, nennen wir es der Einfachheit halber mal, politischen und praktischen „Selbstbestimmung“ der Menschen und ihres Lebens.

Dieses Dilemma hat aber noch eine andere Implikation: nämlich dort, wo ein formaler Antinazikonsens aufweicht, weil nationalsozialistische Ideologie sich teilweise verwurzeln konnte, wie in besonders düsteren Teilen Ostdeutschlands oder der saarländischen Provinz, steht dem dann kaum mehr ein wirklich inhaltlicher Antifaschismus gegenüber. Da wo Nazis, aufgrund spezifischer gesellschaftlicher Umstände zB. in Musik, Kleiderstil, Sportvereinen, Dorfleben etc. einen gewissen kulturell und sozial anerkannten Platz oder gar eine Hegemonie erreichen konnten, wird die formale Abgrenzung zur Makulatur, die im besten Falle ein Nicht-Nazi-Sein bedeutet, aber keinen wirksamen Antifaschismus mehr denken kann. Hier werden die Nazis zu „den Jungs“, die halt mal ein bisschen über „die Stränge schlagen“, andererseits aber „beim Hochwasser“ mitgeholfen haben<sup>1</sup>. Das Problem ist hier nicht, dass die Leute nicht wissen, was Nazis tun oder sind, dass sie darüber etwa nicht genügend aufgeklärt wären, sondern dass es ihnen halt nichts ausmacht. Zumindest nicht so sehr, dass sie einer Strategie der Skandalisierung zugänglich wären. In einer solchen Situation schlägt der ehemalige Anti-Nazi-Konsens, der wirksamen „Nazi“-Skandalisierung beraubt, in seine reinste inhaltslose Form um, und wirkt gegen jede aktive Antifaarbeit als hilf- und begriffsloser „Anti-Extremismus“ oder „Anti-Gewalt“-Konsens zurück.

Andererseits markiert dort, wo zwar eine formale Abgrenzung gegen Nazis noch herrscht, aber gleichzeitig auch ein rechter Konsens über die Naziszene hinaus existiert, das Anti-Nazi-Bekenntnis oft nur die Grenze der Legitimität, aber keine Quelle antifaschistischer Kritik. Das Anti-Nazi-Bekenntnis kann so durchaus dazu beitragen, in der Suche nach der Integration schwankender Positionen am rechten Rande die Marke des Sag- und Machbaren weiter zu verschieben- so geschehen etwa bei der Abschaffung des Asylrechts in Deutschland. Der rechte Volksmob zündete die Wohnungen Nichtdeutscher an, und die Bundestagsparteien verkündeten neben einer breiten Mobilisierung zu empörten und gedenkenden Lichterketten, dass, und zwar gerade damit sich das nicht wiederhole, man die Ausländer erst mal gar nicht nach Deutschland lasse. Der Staat hat sich wirksam

1 Landrat Michael Geisler, CDU, über die Mitglieder der verbotenen der SSS (Skinheads Sächsische Schweiz)

abgegrenzt, trotzdem seine rassistische Gesetzgebung durchgesetzt, und der Nazi mit seinem Brandsatz in der Hand fühlte sich, durch die Abgrenzung einerseits in seinem Avantgardismus bestätigt, andererseits aber diffus als legitimer Vertreter seines Vaterlandes. Auch z.B. der revisionistische Diskurs einer Erika Steinbach<sup>2</sup> verhilft rechten Positionen über die Relativierung deutscher Schuld und die Umdeutung deutscher Geschichte zur Salonfähigkeit, solange sie formal das NS-Tabu berücksichtigt.

### [ *der andere deutsche konsens* ]

*"Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie."*  
Theodor W. Adorno

Wir denken, Elemente nationalsozialistischer Ideologie finden sich, mehr oder weniger unverbunden und abgeschwächt sowie verschiedenen Übergängen und Umwandlungen unterworfen, in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft. Dies nennen wir in Rückgriff auf einen Begriff des BgR Leipzig einen rechten Konsens<sup>3</sup>. Ein solcher rechter Konsens kann gut zeitgleich neben dem oben beschriebenen formalen Anti-Nazi-Bekenntnis existieren, unter bestimmten Umständen diesen aber inhaltlich wieder unterlaufen.

Ein Beispiel: die faschistische Staatsvorstellung einer Identität von Individuum und Staat, dem Staat als „politischem Arm“ der Volksgemeinschaft, ist in Deutschland nach wie vor ausgeprägt. In andern Ländern, mit demokratisch-republikanischer Kultur<sup>4</sup> ist die Vorstellung von Politik als Prozess, als Auseinandersetzung um Entscheidungen, mitsamt allem Streit und Kontingenz, viel weiter verbreitet. In Deutschland dagegen ist es dem/der BürgerIn suspekt, wenn die Politik irgendwie instabil und uneindeutig ist, und die ultimative Bedingung der politischen Legitimation ist das Bild des Staates als Vollstrecker des Volkswillens, der seine Grundlage primär dadurch erhält, dass er die Integrität und das - als homogen unterstellte - Wohlergehen des Volkes sichert. Eine Kritik besteht wenn

2 Vorsitzende des BdV, MdB (CDU), in gewissen Kreisen als „Sudetendeutschentante“ bezeichnet.

3 BgR Leipzig: „Konsens und Tabu“. ([http://www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr/pdf/bgr\\_kt05.pdf](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr/pdf/bgr_kt05.pdf))

4 Diese ist natürlich auch nicht der Weisheit letzter Schluss.

überhaupt an „den“ PolitikerInnen, die eben wider diesem Wohlergehen zu ihrem eigenen Nutzen haushalten. Der korporatistische deutsche Sozialstaat der Nachkriegszeit war in dieser Hinsicht nicht nur ein allgemeiner Klassenkompromiss wie in andern Ländern auch, sondern ebenso auch eine spezifische, bewahrende Transformation der in ihrer staatlichen Verfasstheit zerschlagenen nationalsozialistischen Volksgemeinschaft; ein Hinüberretten letzterer in einen sauberen und gesitteten völkischen Neuanfang, für den paradigmatisch der Mythos der deutschen Trümmerfrauen stand. Nach dem beginnenden Ende des korporatistischen Sozialstaatsmodells halten der Staat und seine Eliten heute dazu ideologisch als neuesten Trumpf den modernisierten Standortnationalismus hoch, reden den Menschen ein, sie „seien Deutschland“ und sollen sich „die Hände schmutzig“ machen, „Gas geben“ usw.<sup>5</sup> In diesem Standortwettbewerb werden die offenkundigsten Widersprüche dadurch wegprojiziert, dass – Müntefering und seine Heuschrecken lassen grüßen – als US-amerikanisch deklarierte und damit vermeintlich externe neoliberale Einflüsse dafür verantwortlich gemacht werden. Wird es dem Staat dann aber durch die Sachzwänge kapitalistischer Logik doch unmöglich, die Fürsorge zu sichern, und den Einzelnen, der doch fest daran glaubt, es auch gerne glauben will, dass er „ein Teil von allem“ ist, weiterhin zu integrieren, so reagiert das Volk, das, dem Fetisch kapitalistischer Entfremdung wie dem deutschen Arbeitsethos gleichermaßen erlegen, gefälligst arbeiten und verwaltet-werden will, mit mehr oder weniger dezenten Hinweisen darauf, dass es numal „das Volk ist“. Und deswegen müsse der Staat es zügig wieder in seinen Schoß aufnehmen, und statt persönlichen Interessen und politischen Geplänkel müsse wieder knallhart „Arbeit das Land regieren“<sup>6</sup>.

Die Schlagseite der Hartz-IV-Protestbewegung in diese Richtung hat es den Nazis möglich gemacht, sich in diese einzuklinken, und die „Montagsdemos“ trotz eines bei deren OrganisatorInnen (mehr oder aber manchmal auch weniger) vorhandenen Anti-Nazi Konsenses zu benutzen, um sich nach den Schwächungen des Verbotsverfahrens politisch wieder aufzubauen. Das faschistische Versprechen, die „Lügner“ und „Betrüger“ aus der Regierung zu jagen und endlich die alles sich unterwerfende Volksgemeinschaft herzustellen, die die gesellschaftlichen Antagonismen zum Schweigen bringt<sup>7</sup>, hat sicherlich vielen im Volke aus der Seele gesprochen und den Einzug der NPD in den

sächsischen Landtag auf der Hartz-IV-Protestreihe gefördert. Hier hat eine ideologische Mehrheitsfähigkeit nationalsozialistischen Gedankenguts die Wirksamkeit formaler Abgrenzung unterlaufen können und den Nazis, mangels Alternativen, weit über ihre AnhängerInnenschaft im engen Sinne hinaus, politischen Erfolg ermöglicht. Denn vor die Wahl gestellt zwischen dem etwas blassen Standortnationalismus der Eliten und dem deftigeren Suppenküchen-Nationalismus der NPD entscheidet sich der/die Deutsche WählerIn manchmal eben lieber für die Suppe mit Würstchen, beziehungsweise das Versprechen derselben. Immerhin hat sich die neue Linkspartei danach beeilt, mit einer sehr ähnlichen Würstchen- bzw. Staatsideologie, und durchaus mit einem gewissen Erfolg, das entsprechende Milieu wieder für sich zu gewinnen, wodurch das Problem zwar vielleicht weniger akut, aber eben überhaupt nicht gelöst wurde

Aber auch die Selbstabgrenzung nach innen und außen, von den Nazis durch Rassismus, Antiamerikanismus und Antisemitismus vorgenommen, ist voll anschlussfähig an den politischen Mainstream. Der kulturalistische, ethnopluralistisch modernisierte Rassismus der „neuen Rechten“, wie ihn auch ein Safet Babic<sup>8</sup> in Trier vertritt, die Forderung nach Regulierung der Zuwanderung, die deutsche Leitkultur und das Verständnis der deutschen Nation als „Kulturgemeinschaft“ usw. sind fest verwurzelte Ideen. Der deutsche Nationalismus hat dabei in Europa den Rahmen gefunden, in dem er sich modernisieren und wieder verankern kann. Die deutsche Geschichte wird in der „gemeinsamen europäischen“ Geschichte aufgehoben<sup>9</sup>, und der Antiamerikanismus von Old-Europe fungiert als eine wesentliche Abgrenzung nach außen. Zumindest diesbezüglich sind nun natürlich Schröder und Müntefering, ausgestattet mit dem Attribut staatsmännischer Standhaftigkeit, oft eher die mehrheitsfähigere Alternative als die Nazis. Trotzdem wollen wir daran erinnern dass es zB. innerhalb der Naziszene zumindest eine kleinere regionale Mobilisierung zur Teilnahme an der Demonstration gegen Bush in Mainz gab, wo sie fröhlich und unerkannt innerhalb der linken DemonstrantInnen unter den gleichen Parolen mitgelaufen sind. Auch das antisemitische Ressentiment, nicht selten durch die Hintertür des Antizionismus, schwebt weiter diffus im Raum. Und zwar nicht als Überrest eines alten Vorurteils, sondern mit einem Potenzial, das derart aggressiv ist, dass jemand wie

5 Die ganze Liste der Scheusslichkeiten [www.du-bist-deutschland.de](http://www.du-bist-deutschland.de).

6 PDS-Wahlkampf-Parole, bei der einem Angst und Bange wird.

7 Und nicht etwa austrägt oder aufhebt.

8 Safet Babic – In Trier wohnender Neonazi mit aufsteigender Karriere: Stellvertretender Vorsitzender des NHB, 2003 mit der rechtsextremen Hochschulgruppe (Freiheitliche Soziale Liste) mit einem Sitz im STUPA der Uni-Trier, mittlerweile stellvertretender Landesvorsitzender der NPD.

9 Aufgehoben im doppelten Sinne, dass sie gleichzeitig *bewahrt* und für ungültig erklärt wird.

Möllemann, immerhin Chef des größten Landesverbandes der FDP, ernsthaft darauf spekuliert hat, damit Wahlen zu gewinnen, und ein reaktionärer Antisemit wie Martin Hohmann trotz Parteirausruf in hessischen Kleinstädten als Held gefeiert wird. Möllemann und Hohmann wurden nun zwar, wegen allzu autokratischer Selbstherrlichkeit (hätten sie sich formal entschuldigt, wäre die Sache ohne irgendwelche politischen Konsequenzen geblieben) aus ihren Fraktionen ausgeschlossen. All diejenigen in Volk und Partei, die sie aber nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Inhalte gut fanden, und wegen denen es auch immer wieder neue Möllemänner, Hohmänner und -Frauen geben wird, sind immer noch da. Dass der hohmannsolidarische entlassene Bundeswehrgeneral Günzel heute bei rechtsextremen Burschenschaften im ganzen Land zu Gast ist, und Nazis allen Ernstes auf ihren Demonstrationen Transparente mit der Parole „Solidarität mit Möllemann“ zeigten, dürfte dabei in etwa die Dimensionen beschreiben, mit denen wir es zu tun haben, und die von einem formalen Anti-Nazi-Bekenntnis ausgeblendet bleiben.

Der Existenz dieser Zusammenhänge und dieses ideologischen Potenzials aber muss sich antifaschistische Politik inhaltlich stellen. Die Nichtbeschäftigung mit den Elementen des rechten Konsens führt zur Handlungsunfähigkeit in all jenen Prozessen und gesellschaftlichen Wechselwirkungen, in denen das deutsche Kollektiv zu sich selbst kommen will; und zur Sprachlosigkeit des bürgerlichen wie auch des linken Antifaschismus angesichts von Versuchen der Nazis durch Querfrontideologie sich die Bereiche anzueignen, in denen bisher die alte Linke sich dem Volk anbieten wollte.

### [ *ein sehr deutscher antifaschismus* ]

*"Das Schuldbekenntnis der Deutschen nach der Niederlage des Nationalsozialismus 1945 war ein famoses Verfahren, das völkische Gemeinschaftsempfinden in die Nachkriegsperiode hinüberzuretten. Das Wir zu bewahren war die Hauptsache". Max Horkheimer.*

Wir haben angesprochen, dass rechte Ideologie weit über die Naziszene hinaus einen fruchtbaren Boden hat, und so die alleinige Abgrenzung gegen die Nazis im engeren Sinne mitunter wieder unterlaufen wird. Dieses Problem stellt sich akut vor allem in den

Gegenden und sozialen Schichten, die negativ von der neoliberalen Desintegration des alten korporatistischen Volksgemeinschaftsmodells betroffen sind. Hier gewinnen Nazis und ihre regressiven Krisenlösungsversprechen an Attraktivität. In größeren Städten, den Eliten und in den gebildeteren und liberaleren Schichten hingegen wird die rein formale Abgrenzung zwar bewahrt; dabei wurde sie allerdings selber Teil des Problems, genauer, eine Funktion einer modernisierten nationalen Selbstfindung.

Wir denken, spätestens seit dem rotgrünen Modernisierungsprojekt Deutschlands ist die identifikationsstiftende Selbstabgrenzung gegen ausgewählte Klischeenazis zu einem Moment der Erneuerung eines positiven Nationalgefühls in Deutschland geworden. Im Zuge dieser Erneuerung wurde die Schuldverdrängung, die klassische Schlussstrichmentalität, in Deutschland abgelöst durch eine offensive, revisionistische Schuldüberwindung. Diese geschieht durch ein Bekenntnis zur Schuld einerseits, um sie sogleich im nächsten Schritt zu relativieren, auf eine kleine Nazi-Elite abzuwälzen und sich selbst als gleichberechtigten Teil der Opfergemeinschaft zu stilisieren. Paradigmatisch steht dafür wohl Bernd Eichingers Film „der Untergang“, der den wahnsinnigen Hitler dem pflichtbewussten, betrogenen Normaldeutschen gegenüberstellt. Dabei wird die deutsche Opferschaft als doppelte gefasst: Opfer von Hitler, der Deutschland ins Unglück gestürzt hat, einerseits, Opfer der Alliierten, die rücksichtslos alles plattgebombt haben, andererseits. Überall Opfer, nirgendwo mehr Nazis. Dazu passt das offizielle Plakat, das in Dresden, anlässlich des 60ten Jahrestag der Bombardierung, von der Stadt verbreitet wurde: Dresden, Coventry, Hiroshima, Guernica, Bagdad (sic!) u.a. werden da ohne Erläuterung in eine Reihe gestellt. Der Krieg wird zum Ereignis ohne Ursache, ohne Geschichte, ohne Kontext und vor allem ohne Täter. Ein abstraktes Schuldbekenntnis ist nun mehr kein Problem, weil sich daran die konkrete Selbstentlastung wieder anschliesst. Die heutigen Nazis, die sich noch all zu offen zu Führer und Feldzug bekennen, sind daher natürlich eine Dissonanz, die in die neue deutsche Selbstfindung nicht mehr so recht reinpasst .

Die Selbststilisierung als gleichberechtigter<sup>10</sup> Teil der Opfergemeinschaft des Nationalsozialismus geht dabei einher mit einem Angebot an neu zugeschnittenen, von den offenen Nazis abgrenzbaren Identifikationsmöglichkeiten, die deutschen Nationalstolz und deutsche Geschichte wieder versöhnen sollen. Diese revisionistische Erneuerung hat

<sup>10</sup> Angesichts der Dimensionen ist diese Gleichsetzung implizit auch oft schon eine Umkehrung.

sicher etwas damit zu tun, dass die TäterInnen-Generation des NS zunehmend aus dem öffentlichen Leben ausstirbt, und den Weg für eine Modernisierung der postnationalsozialistischen Gesellschaft freigemacht haben. Deswegen konnte z.B. am 8ten Mai 05, nach unserer Lesart der Tag der Befreiung der Welt vom nationalsozialistischen Deutschland, jemand wie Horst Köhler, mit Verweis auf den zivilgesellschaftlichen Sieg über die NPD<sup>11</sup> an diesem Tag, ohne Probleme der Weltöffentlichkeit darlegen endlich wieder stolz auf Deutschland zu sein. Deswegen war es auch möglich, dass in Dresden tausende Nazis zum Gedenken an den „Bombenholocaust“ marschieren konnten, und die Dresdener Bevölkerung ihrerseits die formale Ablehnung der Nazis mit einer inhaltlich übereinstimmenden Selbststilisierung als Opfer ohne Probleme verbinden konnte<sup>12</sup>. Wo Protest gegen die Nazis und das Gedenken an die arme Dresdener NS-Bevölkerung von 1945 verbunden wurde, bleibt recht wenig politischer Raum übrig für jene, die sich nicht an der deutschnationalen Selbstinszenierung beteiligen wollen.

In diesem Zusammenhang einer Neuschreibung der Geschichte, in der formaler Antifaschismus und Nationalstolz versöhnt werden sollen, war aber auch der an Ekelhaftigkeit kaum mehr zu überbietende Revisionismus möglich, dass ein Militarist, Nazi und Antisemit wie Stauffenberg unwidersprochen zum „antifaschistischen“ Volkshelden deklariert wird, der den Massen ein positives Identifikationsangebot eines „besseren Deutschlands“ bieten soll. Geschichte ist immer eine Selektion, die einiges hervorhebt, in spezifischer Weise verknüpft, und immer vom Standpunkt der Gegenwart aus bestimmt wird. Es ist nur all zu offensichtlich, wie hier gezielt versucht wird in der Identifikation mit der Figur des Stauffenberg eine zukunftstaugliche „gute“ deutsche Geschichte neu zu konstruieren. Das Label „Widerständler“, und damit die Selbsterhöhung auf die Seite der SiegerInnen der Geschichte, soll dem Zugriff des deutschen Kollektivs zugänglich gemacht werden; freilich ohne die hässlichen Grundlagen dieses Kollektivs in Frage zu stellen, wie es der Bezug etwa auf kommunistische Partisanen nach sich ziehen könnte. Die Bundeswehr wird so alljährlich auf Stauffenberg, einen Mann, der kein Problem mit dem Vernichtungskrieg hatte, solange er gut lief, als Vorbild eingeschworen. Und ein jeder, solange er nur nicht Hitler persönlich ist, darf sich nunmehr Antifaschist nennen, selbst wenn er genauso wenig antifaschistisch ist wie es

11 Der NPD Aufmarsch in Berlin wurde mit Tolerierung der Polizei blockiert und so verhindert.

12 Der bürgerliche Anti-Nazi-Protest und die Bombennacht-Gedenkveranstaltung waren mehr oder weniger ein und dasselbe Event.

Stauffenberg seinerzeit war, beziehungsweise eben nicht war. Und, Guido Knopp und Bernd Eichinger sei Dank, darf sich heute so ziemlich jedeR als eigentliches Opfer der Nazizeit wähen. Zum Kotzen !

Die historische Wahrheit, dass nämlich die Mehrheit der Deutschen den Nationalsozialismus unterstützt oder zumindest kein großes Problem damit hatte, solange alles zu ihrem Vorteil lief, wird dadurch bewusst geleugnet, genauso wie die aktuelle Wahrheit, dass die deutschen Zustände, die dies möglich gemacht haben, noch nicht mal im Ansatz reflektiert, geschweige denn konsequent beseitigt worden wären. An diesem Punkt muss ein Antifaschismus, wie wir ihn für angebracht halten, sich bei Gelegenheiten wie dem 8ten Mai oder dem 20ten Juli unmissverständlich und unüberhörbar positionieren.



*Bild: Ehemalige Reichsbahndirektion am Balduinsbrunnen/Christophstraße in Trier. Ab 1935 Sitz der Gestapo. Von diesem Gebäude ist es nur ein kurzer Weg zum Bahnhof, von wo viele Gefangene ihren letzten Weg ins Konzentrationslager fanden. (Mehr Infos: <http://www.stattfuehrer.de>)*

## [ *Deutschland? nie wieder!* ]

*„Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! ... Mit ihnen im Kampf ist die Kritik ... kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe ... Denn der Geist jener Zustände ist widerlegt [...] In Deutschland kann keine Art der Knechtschaft gebrochen werden, ohne jede Art der Knechtschaft zu brechen.“ Karl Marx.*

Die deutschen Zustände sind allerdings widerlegt! Nicht praktisch beseitigt, leider, aber für alle Zeit diskreditiert. Wir brauchen nicht darauf zu schauen, ob alles schlimmer werden könnte. Auschwitz hat stattgefunden, und in jedem Atemzug im Land der DichterInnen und DenkerInnen hängt noch die Ahnung vom Rauch der Krematorien.

Ein Zivilisationsbruch, der sich aber erstaunlich gut mit der großen deutschen Zivilisation vertragen hat, die Lagerkommandanten haben abends deutsche Klassik gehört, zum Entspannen vom Morden. In der Shoa haben Irrationalismus und Rationalisierung sich in einer sehr deutschen und tödlichen Mischung zusammengefunden. Es gibt keine einfache, dem rationalen Verstand verträgliche Perspektive darauf. Die Perspektive der Emanzipation wurde unwiderruflich beschädigt. Es gibt angesichts der Shoa nichts „abzuwägen“, nichts mehr zu „diskutieren“ oder zu relativieren. Diese Katastrophe der Moderne muss vielmehr, gerade in ihrer Unfassbarkeit, wie eine leere Stelle, im Mittelpunkt jeder Suche nach einer emanzipatorischen Politik, die nach ihr stattfinden könnte, sich befinden. Die Shoa sitzt der bürgerlichen Politik und ihren Glücksversprechen wie ein giftiger Schalk im Nacken, der bei jedem Wort über Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hinter dem dünnen Lack die Fratze des bereits stattgefunden Grauen zeigt.

Aber auch die linke Politik, die für sich in Anspruch nimmt, die konkrete historische Einlöserin der abstrakten bürgerlichen Versprechen zu sein, muss sich bewusst sein, dass die Beweislast diesbezüglich bei ihr liegt. Geschichtlich lässt sich hier nichts mehr herleiten: Auschwitz ist die stattgefundene Niederlage des Emanzipationsgedankens an sich, die Niederlage jeder Überzeugung, dass die menschliche Gesellschaft sich mit geschichtlicher Macht und Notwendigkeit zum Guten entwickelt. Damit ist es auch zutiefst die der Linken. Linke Gesellschaftskritik, das ist nach Auschwitz nicht mehr die unschuldige geschichtliche Vision für ein irgendwie besseres Morgen; sondern das genaue

Wissen darum, was die Abwesenheit ihrer Verwirklichung schon einmal ermöglicht hat. Und dass doch letztlich nur diese ihre Verwirklichung es verhindern kann, dass es wieder zum Schlimmsten kommt. Diese Erinnerung stets ins Zentrum seines Handelns zu stellen, ist der neue kategorische Imperativ, den Hitler<sup>13</sup> der Menschheit aufgezwungen hat. Und deswegen kann sich diese Kritik es nicht leisten, nicht so konsequent, präzise und umfassend wie möglich zu sein.

Eine Konsequenz daraus lautet für uns, die Grundlagen anzugreifen, auf denen die Zivilisation sich als die Barbarei entpuppen konnte. Eine sehr deutsche Staats- und Volksideologie, die kapitalistische Zurichtung der Menschen zu Dingen, wahnhafter Antisemitismus und Antiamerikanismus, die Modernisierung positiver deutschnationaler Befindlichkeit, aber auch das antisemitisch konnotierte deutsche Arbeitsethos<sup>14</sup> gehören zu den Problemen, denen sich eine antifaschistische Politik in Deutschland heute stellen sollte. In unserer politischen Praxis wollen wir all dies genauso angreifen wie den bekennenden White-Trash-Nazimob, der sich immer wieder seine peinlichen Auftritte leistet. Wie das am besten klappt, bleibt auszuprobieren. Unser politischer Schwerpunkt 2005, bei dem wir die Formierung Europas als kapitalistisches Projekt, insbesondere als Rahmen für das neue deutsche Machtstreben, mitsamt einem antiamerikanisch und geschichtsrevisionsorientierten europäischen Nationalismus thematisiert haben, war dazu zumindest teilweise auch ein Versuch. Daneben, oder viel eher, genau damit zusammenhängend, bleibt die Aufgabe, eine emanzipatorische Zukunftsperspektive wieder aufzubauen. Das ist nun ein Thema für sich, das wir hier nicht behandeln können, das aber für uns untrennbar mit dem Antifaschismus zusammengehört. Angesichts der deutschen Geschichte ist das erst mal nur aus einer kritischen, minoritären Position möglich; die angemessene Forderung für uns kann nur die nach einer Überwindung Deutschlands und seiner Ideologien im Besonderen, von Nationen, kapitalistischer Vergesellschaftung und Herrschaftsstrukturen im Allgemeinen sein. Pas de paix pour les boches ...!!

13 Nicht Hitler als Mensch: sondern die Geschichte, die das Volk, das diesen Führer wollte, hervorgebracht hat.

14 Dieses basiert auf einer Trennung zwischen authentischer, „produktiver“ Arbeit einerseits und „raffendem Schmarotzertum“ andererseits. Als schmarotzende Schädlinge am Volkskörper werden dabei einerseits innere Schmarotzer (Hartz-IV „Abzocker“ etc.), andererseits ausländische, vorzugsweise amerikanische, Firmen (Müntes Heuschrecken) identifiziert. Zumindest bei letzterem ist die Nähe zur antisemitischen Figur des globalen jüdischen Finanzkapitals oft gegeben.